

JAN-HENRIK HERCHENRÖDER

Die Selbsterfindung des Bundesverfassungsgerichts (1951–1958)

*Beiträge zur Rechtsgeschichte
des 20. Jahrhunderts
134*

Mohr Siebeck

Beiträge zur Rechtsgeschichte des 20. Jahrhunderts

herausgegeben von

Hans-Peter Haferkamp, Joachim Rückert,
Christoph Schönberger und Jan Thiessen

134



Jan-Henrik Herchenröder

Die Selbsterfindung des Bundesverfassungsgerichts (1951–1958)

Mohr Siebeck

Jan-Henrik Herchenröder, geboren 1994; 2026 Promotion (HU Berlin); Wissenschaftlicher Mitarbeiter am Lehrstuhl für Öffentliches Recht und Grundlagen des Rechts der Humboldt-Universität zu Berlin.

orcid.org/0009-0003-9260-9429



Die Veröffentlichung wurde gefördert aus dem Open-Access Publikationsfonds der Humboldt-Universität zu Berlin.

Zugl.: Berlin, Humboldt-Universität zu Berlin, Juristische Fakultät, Dissertation, 2026, u. d. T. Die Selbsterfindung des Bundesverfassungsgerichts. Eine institutionelle Entwicklungsgeschichte 1951–1958.

ISBN 978-3-16-200722-3 / eISBN 978-3-16-200723-0

DOI 10.1628/978-3-16-200723-0

ISSN 0934-0955 / eISSN 2569-3875 (Beiträge zur Rechtsgeschichte des 20. Jahrhunderts)

Die Deutsche Nationalbibliothek verzeichnet diese Publikation in der Deutschen Nationalbibliographie; detaillierte bibliographische Daten sind über <https://dnb.dnb.de> abrufbar.

2026 Mohr Siebeck Tübingen / © Jan-Henrik Herchenröder



Dieses Werk ist lizenziert unter der Lizenz „Creative Commons Namensnennung – Weitergabe unter gleichen Bedingungen 4.0 International“ (CC BY-SA 4.0).

Eine vollständige Version des Lizenztextes findet sich unter: <https://creativecommons.org/licenses/by-sa/4.0/>. Jede Verwendung, die nicht von der oben genannten Lizenz umfasst ist, ist ohne Zustimmung des Urhebers unzulässig und strafbar. Das Recht einer Nutzung der Inhalte dieses Werkes zum Zwecke des Text- und Data-Mining im Sinne von § 44b UrhG bleibt ausdrücklich vorbehalten.

Satz: SatzWeise, Bad Wünnenberg. Gedruckt auf alterungsbeständiges Werkdruckpapier

Mohr Siebeck GmbH & Co. KG, Wilhelmstraße 18, 72074 Tübingen, Deutschland
www.mohrsiebeck.com, info@mohrsiebeck.com

Vorwort

Die vorliegende Studie habe ich im September 2025 als Dissertation an der juristischen Fakultät der Humboldt-Universität zu Berlin eingereicht. Die Disputation fand im Februar 2026 statt. Die bis zu diesem Datum erschienene Literatur konnte ich für die Veröffentlichung berücksichtigen.

Dank gebührt in erster Linie meiner Betreuerin, Prof. Dr. Anna-Bettina Kaiser, LL.M. (Cambridge). Ihr Rat, ihr Einsatz in organisatorischen Angelegenheiten und nicht zuletzt ihre Bestärkung auf dem langen Weg der Promotion war Grundlage dafür, dieses Buch zu schreiben. Prof. Dr. Christian Waldhoff war ein rasch arbeitender Zweitgutachter, der eine zeitnahe Disputation ermöglichte, darüber hinaus aber viel mehr als das: Ich danke ihm herzlich dafür, dass er stets fachlich interessiert hinter meinem Vorhaben stand und dieses mit vorantrieb.

Für regen und ständigen Austausch besonders danken möchte ich PD Dr. Frieder Günther und Dr. Eva Balz sowie Prof. Dr. Fabian Michl, LL.M. (Edinburgh). Die Aufnahme der Arbeit in diese Schriftenreihe verdanke ich ihren Herausgebern.

Die Studienstiftung des deutschen Volkes e.V. hat die Anfertigung dieser Arbeit finanziell und ideell gefördert. Dank gebührt auch den zahlreichen Archiven im gesamten Bundesgebiet, die meine komplexen Anfragen beantwortet, Akten bereitgestellt und mich als oft einzig anwesenden Benutzer beaufsichtigt haben.

Der größte Dank aber gebührt anderen: Ohne die bedingungslose Unterstützung meiner Eltern hätte ich die Voraussetzungen für eine Promotion nicht erfüllen können. Ohne die Freundschaften am Lehrstuhl für Öffentliches Recht und Grundlagen des Rechts der Humboldt-Universität zu Berlin hätte ich nicht den Mut gehabt, eine Dissertation zu beginnen. Und ohne die Liebe meiner Partnerin hätte ich nicht die Kraft gehabt, sie so abzuschließen. Merci!

Inhaltsverzeichnis

Vorwort	V
Abkürzungsverzeichnis	XV
 Ein unerwarteter Aufstieg: Von der geschmähten Provinz zur Residenz des Rechts	 1
 Erster Teil: Anfänge	 21
 § 1: Ausgangsbedingungen des Bundesverfassungsgerichts: große Herausforderungen und große Chancen	 23
<i>I. Ein Gericht auf der Bühne der Politik</i>	<i>23</i>
1. Die Kompetenzbestimmungen des Grundgesetzes und des BVerfGG: „Grenzen müssen gezogen werden“	24
2. Eine „perfekte Verfassung“ unter Vorbehalten	33
3. Zahlreiche anhängige und viele weitere zu erwartende Verfahren	38
4. Eine auszufüllende innere Ordnung	42
<i>II. Unterstützer, Partner oder Gegner? Das institutionelle Umfeld des Bundesverfassungsgerichts</i>	<i>45</i>
1. Die etablierte „Kanzlerdemokratie“ und das neue Bundesverfassungsgericht	46
2. Ein Bundesjustizminister als selbsternannter „Hüter der Verfassung“	51
3. Der etablierte Bundesgerichtshof und das neue Bundesverfassungsgericht	55
4. Das Oberste Bundesgericht als möglicher Antagonist der Zukunft	58
<i>III. Mehr schlecht als recht: die Arbeitsbedingungen am neuen Gericht</i>	<i>59</i>
1. Wohnungsnot und weite Anreisen: Karlsruhe	59
2. Weder Arbeitsräume noch eine Bibliothek: das Prinz-Max-Palais	62
3. Zu wenig Personal und fehlende Technik in der Verwaltung	64
4. Das Amtsgehalt: offene Fragen	65
<i>IV. Eine Neuschöpfung mit vielen Namen</i>	<i>66</i>

§ 2: Der Wahlmodus und die ersten Wahlen – Licht und Schatten für das neue Gericht	69
<i>I. Das Wahlverfahren: ein doppelböiger Kompromiss</i>	70
1. Politische Wahlen und gesetzliche Kriterien	70
2. Wahlgremien und Mehrheitserfordernisse	72
3. Die Möglichkeit der Wiederwahl	73
<i>II. Die Einigung auf die ersten Mitglieder des Bundesverfassungsgerichts . .</i>	74
1. Vorschlagslisten als Vorentscheidungen	74
2. Drei Akteure, zwei Gremien, ein Unterausschuss und ein Kompromiss . .	81
3. Die verzweifelte Suche nach einem Präsidenten	86
<i>III. Einschätzungen und Fehleinschätzungen</i>	89
§ 3: Die Erstbesetzung: ein heterogenes Ensemble mit verbindenden Elementen	91
<i>I. Ein heterogenes Ensemble</i>	92
1. Generationen: Georg Fröhlich und Julius Federer	92
2. Sozialisationen und Erfahrungen: Erna Scheffler und Theodor Ritterspach	96
3. Verständnisse gerichtlichen Arbeitens: Martin Drath und Konrad Zweigert	99
4. Mitwirkung am oder Verfolgung durch den Nationalsozialismus: Willi Geiger und Bernhard Wolff	103
5. Konfession und regionale Herkunft: Ernst Friesenhahn und Anton Henneka	108
<i>II. Verbindende Elemente</i>	112
1. Drang zur Mitwirkung an der neuen Demokratie: Gerhard Leibholz und Rudolf Katz	113
2. Zerstückelte Karrieren mit vielfältigen beruflichen Erfahrungen: Hermann Höpker Aschoff, Franz Wessel, Walter Klaas und Egon Schunck	120
3. Internationalität und methodische Offenheit: Hans Rupp und Conrad Roediger	126
4. Ein Netzwerk in der Politik, aber keine Karriere in der ersten Reihe: Wilhelm Ellinghaus, Joachim Lehmann und Erwin Stein	130
5. Anti-Kommunismus und Bekenntnis zur wehrhaften Demokratie: Gerhard Heiland und Herbert Scholtissek	135
<i>III. Ein Ensemble der Mitte</i>	138

Zweiter Teil: Selbstfindung	141
§ 4: Die interne Abgrenzung der Zuständigkeiten	143
I. Auseinandersetzungen um die Zuständigkeitsverteilung (1): das Problem mit formellen Gesetzen	143
1. Zuständigkeiten als erster Konflikt am neuen Gericht: der Südweststaat-Fall	143
2. Ein funktionierender Arbeitsmodus entwickelt sich	147
3. Nachwehen: Unsicherheiten und gegenseitige Rücksichtnahmen	152
II. Auseinandersetzungen um die Zuständigkeitsverteilung (2): Anträge politischer Parteien	154
1. Der Auslöser: die Parteifähigkeit politischer Parteien in BVerfGE 1, 208	154
2. Die Kulmination im Zuständigkeitsstreit: BVerfGE 4, 27	158
3. Nachwehen: Wie umgehen mit der Plenarentscheidung?	161
III. Präsident oder Plenum?	163
1. Das Plenum arbeitet mit: die Einsetzung von Ausschüssen und Kommissionen	164
2. Die Richter setzen Grenzen: Streit um die Neuverteilung der Zuständigkeiten	165
3. Beruhigung unter Präsident Josef Wintrich	169
IV. Zuständigkeitsfragen als Machtfragen	172
§ 5: Das „innere institution building“ (1): Die Entwicklung von Verfahrensabläufen und Routinen	175
I. Die Wahl des Verfahrensweges	178
II. Berichterstatter(in)	181
1. Die Auswahl der Berichterstatter(in)	181
2. Aufgaben und Vorgehen der Berichterstatter(in)	184
3. Bedeutung der Voten	189
III. Kommunikation mit den Beteiligten und mündliche Verhandlungen	191
1. Vermeidung oder Verschiebung: der Erste Senat	191
2. Der Umgang mit Bürger*innen: kein Bürgergericht	193
3. Vorbereitung und Durchführung der mündlichen Verhandlungen	197
IV. Die Senatsberatung zur Entscheidungsfindung	198
1. Die Teilnehmenden an Senatsberatungen	199
2. Die Herbeiführung einer Entscheidung	201
3. Ein gutes Beratungsklima und seine Gründe	204

<i>V. Entscheidungsbegründungen und -veröffentlichungen</i>	208
1. Das Ringen um Entscheidungsbegründungen	208
2. Verkündung, Verteilung und Veröffentlichung der Entscheidungsbegründungen	212
3. Beschluss von Leitsätzen	215
<i>VI. Das „innere institution building“ als Prozess – mit einer Leerstelle</i>	216
 § 6: Das „innere institution building“ (2): Materialien und zulässige Argumente für die Senatsberatungen	221
<i>I. Materialien</i>	222
1. Der Umgang mit Schriftsätzen, Gutachten und Zuschriften	222
2. Der Umgang mit wissenschaftlicher Literatur	226
3. Insbesondere: Rechtsprechung und Literatur aus der NS-Zeit	229
<i>II. Argumente</i>	232
1. Ein Kaleidoskop von Argumenten	232
2. Zwei Folgen des Primats der Praxis vor der Theorie	237
3. Entscheidungsbegründungen als Prozess der Selbstverortung	241
<i>III. „Keine philosophischen Traktate“</i>	251
 Dritter Teil: Etablierung	253
 § 7: Die Anwendung des Prozessrechts	255
<i>I. Priorisierung durch strenge Zulässigkeitsvoraussetzungen</i>	256
1. Die enge Fassung der Verfassungsbeschwerde	256
2. Die enge Fassung der konkreten Normenkontrolle	262
3. Der Ausschluss besatzungsrechtlich geprägter Maßnahmen	270
<i>II. Vorrang durch weite Anwendung</i>	273
1. Normenkontrolle als Hauptaufgabe: die weite Anwendung der abstrakten Normenkontrolle	273
2. Regierungskontrolle als Hauptaufgabe: die weite Fassung des Organstreitverfahrens und des Bund-Länder-Streits	277
3. Die Verdeutlichung von Entscheidungsvor- und -nachwirkungen: die Nutzung von § 32 und § 35 BVerfGG	280
<i>III. Prioritäten, Grenzen und Spielräume: ein Balanceakt</i>	285

§ 8: Frühe Kämpfe um die Stellung des Bundesverfassungsgerichts: Der „Status“-Streit	287
<i>I. Eine Auseinandersetzung beginnt: ein Anlass, ein Auftrag, ein Berichtersteller</i>	288
1. Der Anlass	288
2. Der Auftrag: „Beamte oder nicht“?	290
3. Der Berichtersteller: Gerhard Leibholz und ein erster Entwurf des „Status“-Berichts	291
<i>II. Interne Unterstützung formiert sich: der „Status“ als Problemlöser . . .</i>	294
1. Mehrere Motive: konkrete Probleme, konkrete Forderungen	294
2. Mehrere Teile: die finale Version des „Status“-Berichts	298
3. Mehrere Protagonisten: im Kollektiv zur „Status“-Denkschrift	300
<i>III. Die Durchsetzung des „Status“ und der daraus zu ziehenden Folgerungen</i>	304
1. Erinnerungen und Mahnungen	304
2. Das Gericht setzt sich durch	308
3. Alte Freunde und unerwartete Verbündete	313
<i>IV. „Verfassungsorgan“: die Macht eines Begriffes</i>	316
§ 9: Zwischen Recht und Politik – Mechanismen der Etablierung am Beispiel der Auseinandersetzung um den Wehrbeitrag	321
<i>I. Die abstrakte Normenkontrolle</i>	324
1. Ein kühner Antrag	324
2. Gutachten statt Normenkontrolle?	328
3. Die Abweisung des oppositionellen Antrags	331
<i>II. Das Gutachtenverfahren</i>	334
1. Verfahrensfragen	334
2. Vorbereitungen	338
3. Ein abruptes Ende: die Woche des 8. Dezember 1952	342
<i>III. Das Organstreitverfahren</i>	353
1. Entscheidungsfindung unter fortwährendem Druck	353
2. Die Abweisung des Antrags	356
3. Ein Konflikt löst sich langsam auf	358
<i>IV. Mechanismen der Etablierung: Kommunikation und innere Einheit als Erfolgsfaktoren</i>	362
„Zwischenspiel“: Die Parteiverbote	371

Vierter Teil: Entfaltung	383
§ 10: Die Durchsetzung von Reformen in eigener Sache	387
I. <i>Der „Status“ als Zauberformel</i>	387
1. Eine Zulage für die Richter(in) und der Schutz des Amtsgehaltsgesetzes	388
2. Die wiederkehrende Debatte um Bahnfahrkarten	392
3. Eine verbesserte Ausstattung des Gerichts	394
4. Eine neue Amtstracht	400
II. <i>Eine „kleine Reform“ erreicht und eine „große Reform“ verhindert: die Änderung des BVerfGG 1956</i>	403
1. Entlastung per Gesetz: das Bundesverfassungsgericht debattiert	403
2. Eine „große Reform“ verkleinern: Einflussversuche	407
3. Eine verkleinerte „große Reform“ verhindern: die Debatten über den Regierungsentwurf	411
4. Das Bundesverfassungsgericht setzt sich durch: die „kleine Reform“ des BVerfGG	414
III. <i>Ein anderes Gericht</i>	418
§ 11: Das Bundesverfassungsgericht und die Fachgerichte: von Zurückhaltung und Kooperation zu Kontrolle und Vorrang	423
I. <i>Das Bundesverfassungsgericht und der Bundesgerichtshof: eine immer wieder aufflackernde „Feindschaft“</i>	424
1. Letztentscheidungsrecht zum Naturrecht: das Gleichberechtigungsurteil	425
2. Der „Gutachtenstreit“	431
3. Durchsetzung der Bindungswirkung: Beamtenurteil und Gestapo- Beschluss	435
4. Zur Architektur eines Konflikts zwischen Gerichten	441
II. <i>Der Prüfungsmaßstab der Urteilsverfassungsbeschwerde: die sechsjährige Diskussion um das „Lüth“-Urteil</i>	443
1. Erste Diskussionen im Kontext öffentlicher Erregung: die Debatten um Lüth Anfang 1952	444
2. „Der“ Prüfungsmaßstab der Urteilsverfassungsbeschwerde von 1952 bis 1957	449
3. Die <i>Elfes</i> -Entscheidung als Zwischenstation auf dem Weg zu „Lüth“	452
4. Das „Lüth“-Urteil	455
III. <i>Konstitutionalisierung im Geiste der 1950er Jahre</i>	463

§ 12: Auf verschlungenen Pfaden zu einer strengen Kontrolle des Gesetzgebers am Maßstab der Grundrechte	467
<i>I. Kompetenzkontrolle und Selbstbeschränkung</i>	468
1. Kontrolle des Gesetzgebers am Maßstab des Staatsorganisationsrechts	468
2. Betonte Grenze: „Ermessen“ des Gesetzgebers	470
3. Die Grundrechte, der Gesetzgeber und das Bundesverfassungsgericht: Willkürverbot als erster Schritt	471
4. Fazit: die erste Phase der Zurückhaltung	475
<i>II. Erste Diskussionen über die Kontrolle des Gesetzgebers am Maßstab der Grundrechte</i>	475
1. Die Debatten zur Wahlrechtsgleichheit	476
2. Die Debatten zum Notaufnahme- und Investitionshilfegesetz und die Entwicklung der Figur der verfassungskonformen Auslegung	483
3. Gegenbewegung: die Beratungen zu den §§ 175 f. StGB bis Ende 1955	489
4. Fazit: das Vor und Zurück in der zweiten Phase	493
<i>III. Dritte Phase: in vier Entscheidungen zu einer strengen Kontrolle des Gesetzgebers am Maßstab der Grundrechte</i>	493
1. Verbundene Beratungen und erste Weichenstellungen für den Verhältnismäßigkeitsgrundsatz im Verfassungsrecht	494
2. Rückschritt: das Homosexuellen-Urteil	503
3. Die Anerkennung des Verhältnismäßigkeitsgrundsatzes im Verfassungsrecht: die Apothekenentscheidung	506
4. Fazit: Entscheidung(en) für den Grundsatz der Verhältnismäßigkeit in der dritten Phase	512
<i>IV. Verschlungene Pfade und (un)klare Weichenstellungen</i>	514
 Auf der Suche nach Sicherheit: Die Selbsterfindung des Bundesverfassungsgerichts	517
 Anhang I: Sondervoten zu den Entscheidungen in BVerfGE 1–7	525
Anhang II: Gesetz über das Bundesverfassungsgericht vom 12.3.1951 (Auszug)	527
Quellen- und Literaturverzeichnis	531
I. Unveröffentlichte Quellen	531
II. Veröffentlichte Quellen	534
III. Literatur	536
Personenregister	575
Sachregister	581

Abkürzungsverzeichnis

AG	Amtsgericht
BAG	Bundesarbeitsgericht
BDC	Berlin Document Center
BFH	Bundesfinanzhof
BGH	Bundesgerichtshof
BM	Bundesminister
BMF	Bundesministerium der Finanzen
BMI	Bundesministerium des Innern
BMJ	Bundesministerium der Justiz
BSG	Bundessozialgericht
BVerfG	Bundesverfassungsgericht
BVerfGG	Gesetz über das Bundesverfassungsgericht
BVerwG	Bundesverwaltungsgericht
BVP	Bayerische Volkspartei
djb	Deutscher Juristinnenbund
DRG	Deutsches Richtergesetz
e. A.	einstweilige Anordnung
GVP	Gesamtdeutsche Volkspartei
HStR	Handbuch des Staatsrechts
KG	Kammergericht
LAG	Landesarbeitsgericht
LG	Landgericht
NSRB	Nationalsozialistischer Rechtswahrerbund
NSV	Nationalsozialistische Volkswohlfahrt
OLG	Oberlandesgericht
OVG	Oberverwaltungsgericht
PBVerfG	Präsident des Bundesverfassungsgerichts
RAO	Reichsanwaltschaftsordnung
RG	Reichsgericht
RHO	Reichshaushaltsordnung
StGB	Strafgesetzbuch
StGH	Staatsgerichtshof für das Deutsche Reich
VGH	Verwaltungsgerichtshof
VPBVerfG	Vizepräsident des Bundesverfassungsgerichts
WRV	Weimarer Reichsverfassung

„Dem Recht wohnt beides inne: das Erinnern und das Vergessen.“¹

¹ B. Schlink, Die Bewältigung von Vergangenheit durch Recht, in: *ders.*, Vergangenheitsschuld und gegenwärtiges Recht, 2002, S. 89 (105).

Ein unerwarteter Aufstieg: Von der geschmähten Provinz zur Residenz des Rechts

„Wir haben ein Verfassungsgericht“¹

Frühstart

Das Bundesverfassungsgericht beginnt seine Geschichte früher als erlaubt: Es konstituiert sich und trifft eine erste Entscheidung, bevor seine 24 richterlichen Mitglieder vom Bundespräsidenten ernannt und vereidigt worden sind. In ihrem Arbeitseifer waren die ersten Mitglieder des Bundesverfassungsgerichts nicht zu stoppen.

Die erste Sitzung des Plenums des Bundesverfassungsgerichts fand am 7. September 1951 um 13:30 Uhr im Museum Koenig in Bonn statt. Der „Präsident“ des Gerichts, *Hermann Höpker Aschoff*, stellte laut Protokoll fest, dass das Gericht sich mit diesem Zusammentreffen konstituiert habe.² Bei der bloßen Konstituierung blieb es aber nicht. Die anwesenden 21 „Richter“³ und „Richterin“ *Erna Scheffler* wiesen das Verfahren zum Südweststaat⁴ nach einer knapp sechsstündigen Debatte⁵ und mit dem engen Stimmenverhältnis von zwölf zu zehn dem Zweiten Senat zu.⁶ Erst danach begaben sie sich zu Bundespräsident *Theodor Heuss*, der sie am späten Abend ernannte und vereidigte^{7,8}. Die einstweilige Anordnung zum Südweststaatsverfahren

¹ Titel des Beitrags von *Hans Baumgarten* in der FAZ, Nr. 211 v. 11.9.1951, S. 1.

² Niederschrift über die erste Sitzung des Plenums des Bundesverfassungsgerichts am 7.9.1951, S. 1. Zu den Sitzungsprotokollen als Quelle und ihrer Zitierung s. Fn. 87.

³ Es fehlten *Konrad Zweigert* und *Wilhelm Ellinghaus*, die am 13.9.1951 ernannt und vereidigt wurden.

⁴ 2 BvG 1/51, dazu näher § 1 I.3., § 4 I.1. und § 12 I.1 und 3.

⁵ Das Protokoll, S. 4, vermerkte lapidar: „Schluß der Sitzung: 19.20 Uhr“.

⁶ Niederschrift über die erste Sitzung des Plenums des Bundesverfassungsgerichts am 7.9.1951, S. 4.

⁷ Nach § 10f. BVerfGG [1951]. Alle Paragraphen des BVerfGG, die seit 1951 unverändert gelten, werden im Folgenden ohne Angabe des Jahres ihres Inkrafttretens zitiert. Auf Normen, die nur sprachlich verändert wurden, wird unter Angabe des Jahres ihres Inkrafttretens verwiesen. Diejenigen Normen des BVerfGG von 1951, die aufgehoben oder inhaltlich verändert wurden und auf die ich im Rahmen der Arbeit eingehe, sind in Anhang II abgedruckt.

⁸ Dass die Ernennung am späten Abend des 7.9.1951 erfolgte, ist unstrittig, s. die Ernennungs-urkunden vom 7.9.1951 von *Hermann Höpker Aschoff* in BArch. N 1129/60, und von *Ernst Friesenhahn* in BArch. N 1557/289; auch *Julius Federer* sprach von einer Ernennung am 7. September 1951, Schreiben an den Badischen Minister der Justiz, 11.9.1951, GLA Karlsruhe, C 20/5 Nr. 71; ferner *F. Wessel*, Die Rechtsprechung des Bundesverfassungsgerichts zur Verfassungsbeschwerde,

und auch das Urteil zur Hauptsache verschwiegen, dass die Senatszuweisung schon vor Ernennung und Vereidigung erfolgt war. Das Gericht habe erst am 8. September seine Tätigkeit aufnehmen können⁹ und daher auch erst an diesem Tag das Verfahren dem Zweiten Senat zugeteilt.¹⁰ Noch drei Jahre später gab die Pressestelle des Gerichts als Datum dieser ersten Plenarsitzung den 8. September¹¹ an und 1994 schrieb der frühere Richter *Theodor Ritterspach*, man habe seiner Erinnerung nach am Morgen nach der Ernennung und Vereidigung mit der Arbeit begonnen¹². Heute ist die offizielle Gerichtskommunikation zum richtigen Datum zurückgekehrt,¹³ ohne dass es in der Literatur für Aufsehen gesorgt hätte, dass die ersten Mitglieder ihre Arbeit aufnahmen, bevor die Ernennung und Vereidigung sie dazu ermächtigt hatte.¹⁴

Für diesen Frühstart der ersten Mitglieder gab es gute Gründe. Es waren Handlungsnotwendigkeiten und nicht symbolische Erwägungen¹⁵, die den Termin der ersten Plenarsitzung bestimmten. Nach der Wahl der Richter (und einer Richterin) in Bundestag und Bundesrat am 4. bzw. 6. September 1951 musste das Gericht schnell seine Arbeit aufnehmen. Zum einen waren bereits viele Verfahren anhängig.¹⁶ Zum anderen drängte bezüglich eines Verfahrens die Zeit. Für den 16. September war eine Volksabstimmung in den Ländern Baden, Württemberg-Baden und Württemberg-Hohenzollern über die Gründung des neuen, einheitlichen Südweststaates angesetzt, gegen deren Durchführung sich ein Antrag auf Erlass einer einstweiligen Anordnung richtete. Das neue Gericht musste darüber in allernächster Zeit entscheiden, damit seine Entscheidung noch praktische Wirkung entfalten konnte. Um diese Ziele zu erreichen, waren die Mitglieder des Bundesverfassungsgerichts bereit, sich schon vor ihrer Ernennung und Vereidigung zu konstituieren, obwohl ihnen klar gewesen sein muss, dass erst diese formalen Akte sie dazu befugten, eine Spruchfähigkeit auszuüben.¹⁷ Dieses Bewusstsein erklärt, wieso sie nach außen hin den Eindruck einer

DVB1. 1952, S. 161 (162). Die Prozedur der Ernennung, die sich wetterbedingt verzögerte, schilderte *T. Ritterspach*, Erinnerungen an die Anfänge des Bundesverfassungsgerichts, in: FS E. Benda, S. 201 (201 f.).

⁹ BVerfGE 1, 1 (2) – Einstweilige Anordnung Südweststaat [1951].

¹⁰ BVerfGE 1, 14 (28) – Südweststaat [1951].

¹¹ Verlautbarung der Pressestelle des Bundesverfassungsgerichts, Drei Jahre Bundesverfassungsgericht, 2.9.1954, S. 1, BArch. N 1334/751.

¹² *T. Ritterspach*, Erinnerungen an die Anfänge des Bundesverfassungsgerichts, in: FS E. Benda, S. 201 (202).

¹³ S. nun etwa: https://www.bundesverfassungsgericht.de/DE/DasBundesverfassungsgericht/Geschichte/geschichte_node.html (letzter Zugriff am 27.3.2026).

¹⁴ Statt vieler: *U. Wengst*, Staatsaufbau und Regierungspraxis 1948–1953, 1984, S. 242: „Sogleich im Anschluß hieran [Ernennung durch den Bundespräsidenten] trat das Gericht im Museum Koenig zu seiner konstituierenden Sitzung zusammen [...]“; *M. Will*, Ephorale Verfassung, 2017, S. 248: „Direkt im Anschluss an die Ernennungszeremonie trat das Gericht im Museum Koenig in Bonn zu seiner konstituierenden Sitzung zusammen.“

¹⁵ Der 7.9.1951 war der zweite Jahrestag der ersten Sitzung des Bundestages.

¹⁶ Dazu näher § 1 I.3.

¹⁷ Verfassungsrichter *Willi Geiger* formulierte in seinem Kommentar zum BVerfGG wenige Monate später so: „Mit der Ernennung, das ist mit der Aushändigung der Urkunde, nicht schon mit der Wahl, wird der Gewählte BVR [...]“ *W. Geiger*, Gesetz über das Bundesverfassungsgericht,

ordnungsgemäßen Reihenfolge von Ernennung, Vereidigung, Konstituierung und Entscheidung erweckten.

Der Frühstart des Bundesverfassungsgerichts zeigt exemplarisch dreierlei. Das Gericht war, erstens, zahlreichen örtlichen, zeitlichen und personellen Zwängen ausgesetzt. Um sein Handeln verstehen zu können, müssen diese Bedingungen in den Blick genommen werden. In zweiter Hinsicht legt die Episode rund um die Konstituierung offen, dass das Gericht bei allen Zwängen stets über Spielräume verfügte bzw. sie sich, wo sie fehlten, schuf. Niemand hinderte es etwa daran, sich vor der Ernennung der Mitglieder zu konstituieren. In Bezug auf sein Prozessrecht, die Verfahrensgestaltung, die Begründung seiner Beschlüsse und Urteile sowie deren Kommunikation nach außen und nicht zuletzt bei der Auslegung und Anwendung des materiellen Verfassungsrechts hatte das Bundesverfassungsgericht große Freiheiten. Zu untersuchen, wie das Gericht sie nutzte, ist aufschlussreich. Schließlich zeigt die Episode eine Institution, die von Anfang an selbstbewusst und pragmatisch agierte. Sie war bereit, in kleinerem und bisweilen, wenn auch selten, in größerem Ausmaß (rechtliche) Grenzen zu überschreiten, um ein (in ihren Augen) angemessenes Ergebnis zu erzielen. Das Bundesverfassungsgericht verhielt sich, anders gesagt, nicht immer oder nur so, wie man es von einem Gericht im herkömmlichen Sinne erwarten würde, versuchte aber, solches Verhalten nicht allzu offen nach außen hin zu kommunizieren. Daraus folgt, dass eine Geschichte des Gerichts unvollständig wäre, stellte sie nur auf seine förmlichen Entscheidungen ab.

Diese drei Einsichten stehen exemplarisch für die Herangehensweise der folgenden Studie. Auf Basis der neuerdings zugänglichen gerichtlichen Akten untersucht sie die Entwicklung¹⁸ der Institution¹⁹ „Bundesverfassungsgericht“ in den ersten sieben Jahren ihres Bestehens. Vor dem Hintergrund der spezifischen Handlungsbedingungen des neuen Gerichts geht es darum, wie die ersten Mitglieder „ihr“ Gericht entwickel-

1952, § 10, Anm. 4. Aus der heutigen Literatur etwa A. Haratsch, in: Schmidt-Bleibtreu/Klein/Bethge, § 10 BVerfGG Rn. 21.

¹⁸ Dieser Begriff sah sich seit den 1970er Jahren vor allem aus der Sozialgeschichte Kritik ausgesetzt, die ihn, da angeblich dem Historismus verhaftet, durch den Begriff des „Prozesses“ ersetzen wollte (dazu statt vieler S. Jordan, Was sind Historische Prozesse?, in: R. Schützeichel/S. Jordan [Hrsg.], Prozesse, 2015, S. 71 [73 ff.]). Dass diese Begrifflichkeit für eine *Gerichtsgeschichte* als Geschichte von Gerichtsprozessen nicht sinnvoll ist, dürfte auf der Hand liegen. Auf Schwierigkeiten des Entwicklungsbegriffs komme ich aber zurück. Es sei aber schon an dieser Stelle betont, dass mit dem Begriff der Entwicklung kein quasi-evolutionärer Prozess gemeint ist, sondern es gerade um die Gestaltung der eigenen Entwicklung durch das BVerfG geht.

¹⁹ Der Begriff der „Institution“ wird in dieser Arbeit untechnisch und nicht normativ verstanden. Zugrunde liegt die Definition von Bühl: „Institution‘ [...] [ist] mehr als Organisation, nämlich eben nicht nur die sozusagen in Blaupausen aufweisbare Organisations- und Interaktionsstruktur, sondern auch die zugrunde liegenden ‚Regeln‘, die ‚Verhaltensgewohnheiten‘, die geltenden ‚Legitimitäts- und Ordnungsvorstellungen‘ – vielleicht sogar die ‚Mythen‘ und ‚Rituale‘, insoweit diese Verhaltensgewohnheiten weitgehend unbewusst geworden sind und in ihrem Ablauf schwerlich gesteuert werden können, bzw. die Legitimitätsvorstellungen den Handelnden kaum bewusst sind“, W. L. Bühl, Historische Soziologie – Theoreme und Methoden, 2003, S. 236. Dieses breite Verständnis deckt sich nicht mit anderen Begriffsverwendungen.

ten. Sie nutzten zwei knappe Artikel im Grundgesetz²⁰ und 107 Paragraphen des Gesetzes über das Bundesverfassungsgericht²¹, um aus dem Gericht innerhalb weniger Jahre eine Institution zu machen, die schon im Sommer 1958 als ein wesentlicher Baustein des Verfassungssystems der Bundesrepublik und als eines der mächtigsten Verfassungsgerichte der Welt galt. Auf einen Begriff gebracht erfand das Bundesverfassungsgericht sich in diesen Jahren selbst. Um diesen Prozess zu beschreiben, analysiert die vorliegende Studie, wie sich das Gericht intern organisierte und eine funktionierende Arbeitsweise herausbildete, wie es sich Respekt und Vertrauen innerhalb des politischen Systems verschaffte und wie es nach und nach eine Vorrangstellung gegenüber den Fachgerichten und eine strenge Kontrolle des Gesetzgebers am Maßstab der Grundrechte entwickelte.

Anfang ohne Zauber

Die Anfänge des Bundesverfassungsgerichts entbehrten des Zaubers, der das Gericht heute umgibt. Es gab wenig, auf dem das neue Gericht aufbauen konnte.²² Die zur Verfügung gestellten Räumlichkeiten im Karlsruher Prinz-Max-Palais waren spärlich ausgestattet. Eine Bibliothek und Hilfskräfte für die Senate waren nicht vorgesehen. Über viel richterliche Erfahrung verfügten die ersten Richter nicht. (Landes-)Verfassungsrichter war vorher nur der Richter im Zweiten Senat *Julius Federer* gewesen. Auch an eine Tradition oder eine etablierte Rechtsprechung konnten sie nicht anknüpfen. Dabei war das Gericht vom ersten Tag an mit vielen Verfahren überlastet. Unter Druck war vor allem der Erste Senat, da die Arbeit im Gericht, das als Zwillingsgericht aus zwei Senaten bestand, gesetzlich ungleich verteilt war. Das musste zwischen beiden Spruchkörpern zur Unstimmigkeiten führen. Während der Erste Senat ge-, bisweilen überfordert war, konnte *Georg Fröhlich* über „seinen“ Zweiten Senat feststellen, „*Karlsruhe* macht seinem Namen Ehre.“²³ Zwischen den Senaten war im Lichte dieser ungleichen Zuständigkeitsverteilung auf eine gute Zusammenarbeit zu achten.

Viele Fragen, etwa die Arbeitsaufteilung zwischen Präsident und Plenum, waren gesetzlich ungeregelt. Auch innerhalb der Senate war festzulegen, wer welche Funktion übernehmen sollte, und dafür zu sorgen, dass zwischen den unterschiedlichen Persönlichkeiten mit individuellen Erfahrungen und Prägungen ein gutes Arbeitsklima herrschte. Das war keine einfache Aufgabe, da mit *Geiger* zumindest eine Person, die in erheblichem Umfang an nationalsozialistischen Verbrechen mitgewirkt hatte, unter den Richtern war, mit *Fröhlich*, *Gerhard Leibholz* und anderen aber auch vom Nationalsozialismus verfolgte Personen gewählt worden waren.²⁴ Die Schwierigkei-

²⁰ Art. 93 f. GG [1949].

²¹ BGBl. I 1951, S. 243–254.

²² Ausführlich zu diesen und weiteren Schwierigkeiten des Anfangs in § 1, dort auch ausführliche Nachweise zu allein hiesigen Punkten.

²³ Schreiben von G. Fröhlich an G. Leibholz, 5.11.1953, BArch. N 1334/767, Herv. im Original.

²⁴ Die meisten Richter wiesen mehr oder weniger starke Momente von Anpassung und Mit-

ten der Zusammenarbeit stellten sich umso mehr, als das BVerfGG das Verfahren der Entscheidungsfindung kaum regelte. Das Gericht musste in weiten Teilen selbst festlegen, wie es zu Entscheidungen gelangen und wie es mit intern abweichenden Auffassungen umgehen wollte. Die persönliche Rechtsstellung der Mitglieder war ebenfalls ungeregt. Waren sie „nur“ „normale“ Richterpersönlichkeiten oder waren sie Mitglieder eines Verfassungsorgans und als solche unmittelbare Träger höchster staatlicher Macht? Diese Fragen waren vor dem Hintergrund einer misstrauischen (Regierungs-)Politik zu klären. Die Kompetenzfülle des Gerichts war vielen Personen in Politik und Staatsrechtslehre ein Dorn im Auge; namentlich Justizminister *Thomas Dehler* und Kanzler *Konrad Adenauer* zeigten sich als argwöhnische Beobachter der neuen Institution. Politische Akteure versuchten das Gericht für ihre Zwecke einzuspannen und liebäugelten bei unliebsamen Entscheidungen damit, seine Kompetenzen zu reduzieren oder die Richterwahl so zu reformieren, dass nur noch linientreue Personen gewählt würden. Aus anderer Richtung betrachtete der Bundesgerichtshof das neue Gericht misstrauisch. Er sah sich in der Tradition des alt-ehrwürdigen Reichsgerichts und wähnte sich damit als erster und oberster Wahrer der Rechtsordnung. Auch mit dem Bundesgerichtshof waren Kompetenzkonflikte zu erwarten.

Angeichts dieser Bürden des Anfangs war der feierliche Ausruf der FAZ „Wir haben ein Verfassungsgericht“ etwas übertrieben. Es war vielmehr in großem Stil Aufbauarbeit zu leisten. Die räumlichen Bedingungen mussten verbessert, die finanzielle Ausstattung erhöht, eine Bibliothek geschaffen und ausgestattet werden. Zusätzliche Mitarbeitendenstellen und eine neue Zuständigkeitsverteilung zwischen den Senaten waren erforderlich. Intern waren Organisationsfragen zu klären und Verfahrensleitlinien zu etablieren. Nicht zuletzt musste das neue Gericht sich wappnen: gegen Instrumentalisierungen und gegen Versuche, Entscheidungen zu beeinflussen einerseits, gegen Angriffe auf den Bestand der Zuständigkeiten und seine Unabhängigkeit andererseits. Über die schwierige Ausgangssituation konnte auch die feierliche Eröffnung des Gerichts am 28. September 1951 nicht hinwegtäuschen. Zahlreiche wichtige Politiker machten bei der festlichen Veranstaltung im Karlsruher Schauspielhaus ihre Aufwartung. *Heuss* und *Adenauer* würdigten das neue Gericht. Schon in der Ansprache von Präsident *Höpker Aschoff* klang aber die Last der Verantwortung durch, die dem Gericht aufgebürdet war. Mit dem ersten Satz aus dem 3. Brandenburgischen Konzert von *Johann Sebastian Bach*, gespielt durch Mitglieder der Badischen Staatskapelle, sollte in G-Dur ein festlicher, aber frischer Ton gesetzt werden.²⁵ Tatsächlich spiegelte das Stück jedoch wider, was dem Bundesverfassungsgericht bevorstand: Ein vielstimmiges Konzert konkurrierender Stimmen, die sich je

arbeit oder Zurückhaltung und Rückzug im bzw. gegenüber dem Nationalsozialismus auf. Ausführlich zu den Biografien der Richter(in), etwa zu *Geiger*, unter § 3.

²⁵ S. das Programm der Eröffnungsfeier, abgedruckt in: *H. H. Klein*, Vor- und Entstehungsgeschichte des Bundesverfassungsgerichts, 2018, S. 28. Um 17 Uhr wurde eine Festvorstellung der „Entführung aus dem Serail“ von *W. A. Mozart* im Badischen Staatstheater gegeben.

nach Sichtweise freundlich Motive zuwarfen und gegenseitig begleiteten oder aber sich ständig unterbrachen und miteinander rangen.²⁶ Mit unsicherem Ausgang.

Spielräume und Entwicklungsmöglichkeiten

Den Zwängen und Herausforderungen des Anfangs standen Chancen und Entwicklungsmöglichkeiten gegenüber. Das Bundesverfassungsgericht war als isoliertes Verfassungsgericht mit – auch im internationalen Vergleich – einzigartigen Kompetenzen errichtet worden. Es gab keinen Politikbereich, der nicht Gegenstand einer Entscheidung des Gerichts sein konnte. Die in der Weimarer Republik offene Frage, ob Gerichte die Verfassungsmäßigkeit von formellen Gesetzen prüfen und verneinen durften, hatte das Grundgesetz entschieden und die Verwerfungskompetenz beim Bundesverfassungsgericht monopolisiert. Mit der Aufnahme einer Alleinentscheidungskompetenz über Parteiverbote und einem Recht auf Verfassungsbeschwerde für alle Bürger*innen waren die Kompetenzen über das bisher Denkbare hinaus erweitert worden. Die Zahl der Verfahren spiegelte diese Zuständigkeiten wider. Schon Anfang September 1951 waren hunderte Verfahren anhängig und weitere (große) Verfahren warfen ihre Schatten voraus. Die Frage der deutschen Wiederbewaffnung und zwei Parteiverbotsverfahren gegen KPD respektive SRP würden, soviel stand bereits fest, in näherer Zukunft zu Verfahren in Karlsruhe werden. Für das Gericht waren Verfahren solcher Tragweite mit Risiken verbunden, sie ermöglichten es jedoch, Aufmerksamkeit zu generieren und sich als unersetzlicher Teil des Institutionengefüges zu zeigen und damit zu etablieren. Die Verfahrensautonomie und die Freiheit der internen Organisationen eröffneten dabei die Chance, zwischen Verfahren zu priorisieren und damit die eigenen Wirkungsmöglichkeiten zu erweitern.

Eine Chance konnte auch die recht diverse Erstbesetzung sein. Die unterschiedlichen Prägungen der ersten Mitglieder verorteten das Gericht in der Mitte der Gesellschaft. Die Bandbreite der beruflichen Erfahrungen war dem Arbeitsprozess zuträglich. Auf den ersten Blick eher unscheinbare Persönlichkeiten wie *Ritterspach* oder *Franz Wessel* konnten die Spielräume der Verfassungsgerichtsbarkeit vielleicht gerade deshalb besonders nutzen, weil sie bei ihrer Wahl kaum feste Auffassungen zu verfassungsrechtlichen Fragen hatten. Bei der Aufbauarbeit und der Verteidigung des Gerichts war schließlich eine weitere gemeinsame Eigenschaft der Erstbesetzung von Bedeutung. Sie war Teil der politischen Elite des demokratischen Wiederaufbaus nach 1945 und daher mit den entscheidenden Stellen von Parlamenten, Regierungen und Verwaltung gut vernetzt. Diese persönlichen Kontakte konnten dabei helfen, den Kompetenzbestand zu sichern und die Ausstattung des Gerichts zu verbessern. Und selbst die zu erwartenden Angriffe auf das Gericht bargen bei aller Härte Chancen.

²⁶ Zu den Rätseln dieses Konzerts etwa *P. Schleuning*, Johann Sebastian Bach – Die Brandenburgischen Konzerte, 2003, S. 76 ff.

Um ein Gemeinschaftsgefühl und ein gemeinsames Selbstverständnis herauszubilden, waren klare Gegner essenziell.

Mit erfolgreichem Stellungsspiel zum gefestigten Gericht

Mit den Unsicherheiten des Anfangs war die Situation des Bundesverfassungsgerichts im Sommer 1958 kaum noch vergleichbar. Das Gericht hatte eine beeindruckende institutionelle Entwicklung vorzuweisen, die sich anhand dreier Prozesse – der Selbstfindung, der Etablierung und der Entfaltung – genauer beschreiben lässt.

Das Bundesverfassungsgericht hatte sich zunächst, in wesentlichen Teilen bereits in den ersten Monaten, selbst gefunden. Die Mitglieder hatten funktionierende Arbeitsabläufe entwickelt und Regeln sowie Verhaltensgewohnheiten herausgebildet, die ein gedeihliches Zusammenarbeiten gewährleisteten. Welche Rolle die Bericht-erstatte(r) spielte(n), wann mündlich verhandelt werden sollte und wie eine Beratung der Senate ablief, war weitgehend geklärt. Für die Verteilung und Veröffentlichung von Entscheidungen gab es Muster und die Kommunikation nach außen folgte klaren Strukturen. Für Zweifelsfälle des Zuständigkeitsverteilung zwischen den Senaten war ein Mechanismus eingerichtet worden, der interne Unstimmigkeiten aufzulösen vermochte. Ebenfalls geklärt worden war, welche Argumente in der Entscheidungsfindung zulässig waren, also Berücksichtigung finden konnten, und welche davon in die Entscheidungsbegründung aufzunehmen waren.

Das Bundesverfassungsgericht hatte sich auf Grundlage der Selbstfindung sodann, in den Grundzügen bereits bis Sommer 1953, etabliert. Mit der Auslegung und Anwendung des Prozessrechts hatte es deutlich gemacht, welche seiner Kompetenzen es weit auslegte und anwandte und welche Fragen es nicht oder nur ungern behandeln wollte. Seine Hauptaufgabe, so das klare Signal, sah es in der verfassungsrechtlichen Kontrolle von Gesetzen, mit Präferenz auf Antrag von Regierungen oder dem Bundestag. Der Rechtsschutz der Bürger*innen im Wege der Verfassungsbeschwerde sollte demgegenüber nur ein Notbehelf sein. Im Frühsommer 1952 hatte es erfolgreich behauptet, dass es ein gleichberechtigtes Verfassungsorgan sei. Dieser „Status“ hatte nach einigen Widerständen breite Akzeptanz in Politik und Gesellschaft gefunden. In den heiklen Verfahren zur deutschen Wiederbewaffnung hatte es das Gericht schließlich vermocht, Versuchen der Instrumentalisierung zu begegnen und die innere Einheit am Gericht auch bei politisch sehr umstrittenen Fragen weitgehend zu erhalten. Eine geglückte Kommunikation hatte dabei bewiesen, dass das Gericht in der Lage war, auch mit hochpolitischen Fragen umzugehen.

Auf Grundlage der Selbstfindung und der Etablierung hatte sich das Gericht zwischen 1953 und dem Sommer 1958 schließlich entfaltet.²⁷ Seinen „Status“ als Verfassungsorgan hatte es als Argument genutzt, um eine bessere Repräsentation bei

²⁷ Zum (zeitlichen) Verhältnis der drei Prozesse Selbstfindung, Etablierung und Entfaltung näher unter „Gang der Untersuchung“.

staatlichen Veranstaltungen und eine bessere Ausstattung zu erlangen. Eine aktive Begleitung des Gesetzgebungsprozesses zur Änderung des BVerfGG Mitte der 1950er Jahre hatte verhindert, dass die Kompetenzen beschnitten wurden. Parallel dazu hatte das Gericht mit Entscheidungen zum G 131, zur Gleichberechtigung und zu einem Boykottaufruf von *Erich Lüth* seine Vorrangstellung gegenüber den Fachgerichten, allen voran dem Bundesgerichtshof, zementiert und im Verfahren zur Verfassungsbeschwerde von *Wilhelm Elfes* und anderen Verfahren, vor allem denen zum Investitionshilfegesetz, zur Strafbarkeit homosexueller Tätigkeiten und zum bayerischen Apothekengesetz, den Grundsatz der Verhältnismäßigkeit in das Verfassungsrecht eingeführt, nach dem gesetzliches Handeln, das Grundrechte einschränkte, verfassungsgerichtlich überprüfbaren Grenzen unterlag. Die damit verbundene gestiegene Bedeutung des Bundesverfassungsgerichts beobachteten Wissenschaft und Praxis genau. *Carl Schmitt*, der hartnäckigste Kritiker des Gerichts, notierte im Juni 1958 „Bonn ist nicht einmal Bonn selbst, Bonn ist Karlsruhe.“²⁸ Damit nahm er vorweg, was *Rudolf Smend*, freilich mit deutlich wohlwollenderem Unterton, drei Jahre später zum 10. Geburtstag des Gerichts ausführte. Das Verfassungsrecht gelte „nunmehr praktisch so, wie das Bundesverfassungsgericht es auslegt“.²⁹

Diese Entwicklung war vor dem Hintergrund der genannten Zwänge nicht selbstverständlich.³⁰ Sie verdient eine nähere Beschreibung und eine Erklärung. Aus diesem Grund wendet sich die vorliegende Arbeit der institutionellen Entwicklung des Bundesverfassungsgerichts im Detail zu. Anhand der Prozesse der Selbstfindung, Etablierung und Entfaltung untersucht sie, wie genau sich die institutionelle Entwicklung vollzog und wie der Beitrag des Gerichts zu seiner eigenen Entwicklung einzuschätzen ist. Es geht um die Institutionenpolitik³¹ des frühen Bundesverfassungsgerichts und der in ihm versammelten Personen. Der folgenden Studie liegt also ein doppeltes Erkenntnisinteresse zugrunde. Zum einen fragt sie, wie genau sich der Prozess des Institutionen-Aufbaus des Bundesverfassungsgerichts vollzog. Wie organisierte sich das neue Gericht intern und wie arbeitete es? Auf welchen Wegen erreichte es eine bessere Ausstattung und mehr finanzielle Mittel? Wie begegnete es politischen Akteuren, dem Gesetzgeber und den Fachgerichten und welche Grenzen für deren Handeln entnahm es dem Grundgesetz? Von Interesse ist dabei auch, wer innerhalb

²⁸ Zitiert nach A. Mohler (Hrsg.), *Carl Schmitt – Briefwechsel mit einem seiner Schüler*, 1995, 10.6.1958, Dok. Nr. 203, S. 247 mit Fn. 294, in Anspielung an den auf *Fritz René Allemann* zurückzuführenden Ausspruch, Bonn sei nicht Weimar (von 1956).

²⁹ So die berühmte Beobachtung von *R. Smend*, Festvortrag zur Feier des zehnjährigen Bestehens des Bundesverfassungsgerichts am 26. Januar 1962, in: *ders.*, *Staatsrechtliche Abhandlungen*, 4. Aufl. 2010 [1962], S. 581 (582). Historisches Vorbild dafür war die Äußerung von *C. E. Hughes* über die US-Verfassung: „We are under a Constitution, but the Constitution is what the judges say it is [...]“, *C. E. Hughes*, Speech before the Elmira Chamber of Commerce, May 3, 1907, in: *Addresses and Papers of Charles Evans Hughes*, 1908, S. 133 (139).

³⁰ Ausdrücklich so auch etwa *D. Grimm*, *Die Historiker und die Verfassung*, 2022, S. 67; *S. Korioth*, *Deutsche Verfassungsgeschichte*, 2023, Rn. 1052.

³¹ Zum Begriff *A. Benz*, *Institutionentheorie und Institutionenpolitik*, in: FS K. König, 2004, S. 19 (19 ff.).

des Gerichts die prägenden Akteure waren, welche individuellen Motive sie hatten und wie sie sich durchsetzten. Zum anderen und damit eng verbunden untersucht diese Studie, welche Schritte das Gericht ergriff, um einen gesicherten Platz im Institutionengefüge einnehmen und behalten zu können und welchen Anteil diese vom Gericht selbst ergriffenen Schritte an der institutionellen Entwicklung hatten.

Meine These dürfte dabei bereits deutlich geworden sein: Das Bundesverfassungsgericht bestimmte als Akteur – bei aller anfänglicher Improvisation – seine Entwicklung maßgeblich mit. Mit der Entscheidung von fast 6000 Verfahren bis Sommer 1958³² und zahlreichen weiteren, formellen und informellen Handlungen, darunter Pressemitteilungen, Briefen, Denkschriften, Interviews, publizistischen (wissenschaftlichen) Tätigkeiten, Empfängen, Konferenzen und persönlichen Vorsprachen hatte es wesentlichen Anteil an der Stärkung der eigenen Institution. Aus Karlsruhe, der geschmähten Provinz,³³ machten seine Mitglieder eine Residenz des Rechts.

Die vorliegende institutionelle Entwicklungsgeschichte ist keine umfassende Gerichtsgeschichte. Das materielle Verfassungsrecht findet nur insoweit Berücksichtigung, wie das Gericht bei dessen Auslegung und Anwendung Aussagen über sein Verhältnis zu den anderen Staatsorganen diskutierte. Ich strebe nicht an, die Genese einzelner Entscheidungen in allen Details zu rekonstruieren. Auch eine zeithistorische Einordnung in gesellschaftliche Tendenzen der 1950er Jahre oder eine Untersuchung der Wirkungen der gerichtlichen Entscheidungen auf gesellschaftliche Modernisierungsprozesse nehme ich nicht vor. Das bedeutet, dass die Frage der persönlichen und ideellen Kontinuitäten der nationalsozialistischen Diktatur kein Fokus ist.³⁴

Institutionelle Entwicklungsgeschichte statt „Entscheidungsgeschichte“

Das Bundesverfassungsgericht ist ein vielfältig erforschter Akteur. Die Publikationen über das Gericht und seine Rechtsprechung sind mittlerweile unüberschaubar. Es ist daher einleitend zu verdeutlichen, was eine institutionelle Entwicklungsgeschichte noch beitragen kann. Die bisher maßgeblichen (rechts-)historischen Darstellungen der ersten Jahre des Bundesverfassungsgerichts behandeln, so die Ausgangsbeobachtung, im Wesentlichen seine Beschlüsse und Urteile zum materiellen Verfassungsrecht.³⁵

³² Geschäftslast des Bundesverfassungsgerichts, Stichtag: 30. September 1958, BArch. B 141/50081, Bl. 8.

³³ Zu diesem Topos näher unten § 2 IV. 1.

³⁴ Eine nähere Auseinandersetzung mit einzelnen Richterpersönlichkeiten und dem Fortwirken ihres Gedankenguts nach 1945 ist dem von *Frieder Günther* und *Eva Balz* am Institut für Zeitgeschichte geleiteten Forschungsprojekt vorbehalten, s. *F. Günther/E. Balz*, *Verwandlung durch Recht*, 2026.

³⁵ Der Fokus auf die formellen institutionellen Aktivitäten gilt generell für die Institutionengeschichte, so der Vorwurf von *B. Löffler*, *Moderne Institutionengeschichte in kulturhistorischer Erweiterung*, in: H.-C. Kraus/T. Nicklas (Hrsg.), *Geschichte der Politik, Historische Zeitschrift*,

Sowohl die epochenübergreifenden Geschichten des Gerichts³⁶ als auch spezifische Untersuchungen zu seinen ersten Jahren³⁷ nutzen als maßgebliche Quelle die in der offiziellen Entscheidungssammlung veröffentlichten Entscheidungen.³⁸ Diese werden zeitgeschichtlich kontextualisiert und teilweise durch zusätzliche Quellen ergänzt,³⁹ es verbleibt aber ein Schwerpunkt auf den förmlichen Entscheidungen.

Das führt zu mehreren Leerstellen. In erster Linie erkennt diese Herangehensweise, dass sich auch Verfassungsgerichte nicht nur in Form von gerichtlichen Entscheidungen betätigen. Andere Handlungen, etwa Pressemitteilungen, haben zwar in der Regel keine rechtliche Qualität, prägen aber die Entwicklung des Gerichts in erheblichem Ausmaß.⁴⁰ Für seine Wahrnehmung in Medien, Öffentlichkeit und Politik sind andere Kommunikationsformen regelmäßig sogar wichtiger als Ausführungen in Entscheidungsbegründungen. Zudem stehen andere Handlungen im Zusammenhang mit Entscheidungen, gehen also von ihnen gleichermaßen aus, wie sie wiederum auf diese einwirken. Ein zweites Defizit der bisherigen Darstellungen liegt darin, das Prozessrecht nur unzureichend berücksichtigt zu haben. Die Auslegung und Anwendung des Prozessrechts war für die Entwicklung des Bundesverfassungsgerichts jedoch von erheblicher Bedeutung, denn sie bestimmte, wer es wann in welcher Form anrufen konnte, was also die Spruchfähigkeit auszulösen vermochte. In dritter Hinsicht fehlt den bisherigen Darstellungen eine Verknüpfung von interner Organisation sowie Arbeitsweise und den gerichtlichen Entscheidungen. Es lässt sich kaum bestreiten, dass die Abgrenzung der Zuständigkeiten der Senate, die Rolle der Berichterstatter(in), die Art und Weise der Beratung und nicht zuletzt die beteiligten Personen und Persönlichkeiten für die Beschlüsse und Urteile von Bedeutung sind. Entscheidungen lassen sich nicht allein auf diese Einflussfaktoren zurückführen; eine Gerichtsgeschichte bleibt ohne ihre Berücksichtigung aber lückenhaft. Die bisherigen Entscheidungsgeschichten tendieren ferner dazu, (vermeintlich) große Entscheidungen zu kanonisieren und (vermeintlich) unbedeutende Entscheidungen zu marginalisieren. So bedeutsam die *Lüth*-Entscheidung, um nur ein Beispiel zu nennen, für die gerichtliche Entwicklung war, so gleichberechtigt stand sie, was den Arbeitsaufwand und die interne Diskussionsintensität betraf, neben anderen, heute weitgehend vergessenen Entscheidungen. Die bisherigen Studien können schließlich nicht angemessen damit umgehen, dass Urteile und Beschlüsse in lange und wechselvolle interne

Beiheft 44 (2007), S. 155 (155). *Löffler* fordert, wie hier, die stärkere Berücksichtigung informeller Handlungslogiken, ebd., S. 168.

³⁶ *J. Collings*, *Democracy's Guardians*, 2015, S. 1–62; *R. Lamprecht*, *Ich gehe bis nach Karlsruhe*, 2011, S. 15–67; *U. Wesel*, *Der Gang nach Karlsruhe*, 2004, S. 45–147.

³⁷ *A. Gaillet*, *La Cour constitutionnelle fédérale allemande*, 2022.

³⁸ Zu dessen Gründung und Zweck s. unten § 5 V. 2.

³⁹ Insbesondere berücksichtigt *J. Collings*, *Democracy's Guardians*, 2015, in bemerkenswertem Umfang Zeitungsberichte über das BVerfG. Alle genannten Werke berücksichtigen ferner die „Status“-Denkschrift des Gerichts als weitere Quelle des Gerichts außerhalb der Form der gerichtlichen Entscheidung.

⁴⁰ So auch *M. Baldus*, *Frühe Machtkämpfe*, in: T. Henne/A. Riedlinger (Hrsg.), *Das Lüth-Urteil aus (rechts-)historischer Sicht*, 2005, S. 237 (239).

Personenregister

Kursive Ziffern verweisen auf Fußnoten, Hauptfundstellen sind fettgedruckt.¹

- Abendroth, Wolfgang *31f.*, 78 f., 138
 Adenauer, Konrad 5, 35, 39, 41, 42, **45–51**, 55, 59, 72, 74, 75, 76, 88–90, 124, 129, 135, 165, 302, 304 f., 306, 308, 314 f., 318, 338, 340 f., 342–345, 346, 352 f., 357, 359, 361, 368, 373, 392, 404, 407 f., 411, 418, 420
 Amelunxen, Rudolf 32, *123f.*
 Apelt, Willibalt *30f.*, 425, 430
 Arndt, Adolf 18, 28, 40, 43, **49 f.**, 53, 53, 55, 57, 64, 78–80, 82, 83, 86, 119, *134, 150, 167, 192, 218, 275, 313, 324, 326, 329, 334, 335, 345, 347, 360 f., 368, 369, 383, 390, 404 f., 412, 414 f., 416, 423, 444, 448 f., 462*
 Arnold, Karl 137
 Auffarth, August 85

 Bach, Johann Sebastian 5
 Bachof, Otto 31, 405, 425, 429, 433
 Bader, Karl 94
 Bahlmann, Kai 397
 Bauer, Fritz 78 f., 85, *117, 138*
 Bausch, Paul 313
 Becker, Fritz 414
 Bell, George 116
 Berger, Hans 408
 Beyerle, Josef 78, 86 f.
 Beyerle, Konrad 198
 Bilfinger, Carl 118
 Blank, Theodor 129, 327
 Blankenhorn, Herbert 35, 42
 Bleek, Karl Theodor 388, 401
 Brentano, Heinrich von 81, 87–89, 314, 344, 379, 394, 411
 Böhler, Wilhelm 40, 81, 88, 89
 Böhm, Franz 75, 138
 Böhm, Hans 52, 81
 Böster, Sigurd 395

 Bonhoeffer, Dietrich 114, *116*, 119
 Bott, Hans 73
 Brand, Arthur 64, 230
 Brauer, Max 115, *117, 134*
 Braun, Otto 120
 Brecht, Arnold 130, 245
 Brill, Hermann Louis 99, 101, *102*, 238
 Bruckner, Anton 139
 Brüning, Heinrich 138
 Brunner, Otto 226
 Bruns, Viktor 115, 127
 Bucher, Ewald 414
 Bühler, Ottmar 399

 Caemmerer, Gerhard 94
 Chruschtschow, Nikita 454, 465
 Coing, Helmut 228

 Decken, Melchior von der 84 f.
 Dehler, Irma 51
 Dehler, Thomas 5, 18, 40, 41, 46, 47, 50, **51–54**, 56, 59 f., 63 f., 71, 75, 77, 84, 88, 90, 105, 108, 134, 165 f., 168, 218, 288–290, 291, 295–298, 299, 302, 303–315, 318, 326 f., 328, 330, 338, 340 f., 342, 343, 344, 346, 347 f., 350, 351 f., 354, 357–361, 366, 404 f., 418, 445, 518, 521
 Dorls, Fritz 197
 Drath, Martin 14, 18, 32, 39, 50, 60 f., 64, 73, 78, 80, **99–103**, 106, 108, 130, 134, 138, 182–185, 189, 200, 204 f., 207 f., 213, 228, 238, 281 f., 293, 326, 332, 334, 338, 358, 371, 380, 381, 426, 479, 483–485, 508 f., 522, 525
 Dreher, Eduard 23, 47, 71
 Dürig, Ernst 105
 Dürig, Günter 228, 453, 456 f., 464 f., 502, 504

¹ Literaturnachweise in den Fußnoten wurden nicht berücksichtigt. Um die Übersichtlichkeit zu erhöhen, wurden für die im Buch an zahlreichen Stellen erwähnten Mitglieder und Hilfskräfte des BVerfG nur die Stellen aufgenommen, in denen ich ihren jeweiligen Lebensweg und wesentliche Beiträge für die Gerichtsgeschichte schildere.

- Echterhölter, Rudolf 136, 395 f., 397
 Elfes, Wilhelm 452, 454 f., 465
 Ellinghaus, Wilhelm 1, 61, 65, 75, 95, 98, 108, 130 f., 134, 183, 185, 201, 233, 234, 289, 296, 318, 326, 331 f., 334, 339 f., 384, 400, 447 f., 460, 490–493, 522
 Ellscheid, Robert 353
 Elsenheimer, Georg 312
 Engler, Helmut 392, 519
 Erbe, Charlotte 100
 Erbe, Walter 100
 Erdsiek, Gerhard 84 f.
 Erler, Fritz 313
 Erzberger, Matthias 112
 Eschenburg, Theodor 386, 407
- Faller, Hans Joachim 55, 161, 397, 398, 431
 Fecht, Hermann 82
 Federer, Julius 4, 61, 63, 78, 92–95, 98, 103, 106, 108, 112, 120, 130, 134, 176, 182, 202 f., 205, 209, 226, 309, 327, 39, 352, 356, 426, 470, 480, 522, 526
 Fleißner, Heinrich 135
 Foohs, Ludwig 213
 Forsthoff, Ernst 36, 48, 157, 226, 233, 236, 323, 385, 396 f., 440
 Foschepoth, Josef 88, 373 f., 378, 379, 417, 468 f.
 Fraenkel, Ernst 130, 245, 367
 Frank, Hans 111, 123
 Freund, Paul 385
 Friesenhahn, Ernst 17 f., 43, 47, 62, 75, 77, 79, 98, 106, 108–112, 118, 134, 139, 148 f., 150, 153, 155–158, 160, 172, 182, 185, 198, 202, 204–206, 209 f., 212 f., 216, 228, 237 f., 240 f., 286, 297 f., 302, 310, 312, 325, 327, 336 f., 348, 352–356, 359, 364–366, 391, 412, 417, 435, 476, 480–482, 522, 525 f.
 Fröhlich, Georg 4, 60, 61, 75, 76, 77, 79, 92–95, 98, 103, 106, 108, 113, 130, 134, 137, 145, 152, 162, 182, 188, 205, 234, 304, 306, 344, 402, 405, 417
 Fröhlich, Sabine 93
 Frohne, Edmund 124, 392 f.
 Fuller, Lon 385
- Geiger, Hans 194 f.
 Geiger, Willi 4, 12, 29, 47, 52, 58, 64, 74–77, 79, 98, 103–106, 108, 112, 119, 120, 134, 148, 150 f., 156, 157, 166, 168, 175, 182, 205, 213, 215, 228 f., 230, 251, 286, 291, 294, 300–303, 306 f., 325–327, 329 f., 339 f., 344, 350–352, 355–357, 360, 364, 365 f., 368, 388, 391, 405, 407, 419, 421, 442, 469, 525 f.
- Gensior, Walter 395
 Giese, Friedrich 63, 71, 103, 222, 360
 Gille, Alfred 414, 416
 Globke, Hans 47, 54, 75, 304 f., 326, 342, 353, 406, 412, 418
 Goebbels, Joseph 104, 136, 374 f.
 Greve, Otto Heinrich 52, 81 f., 83, 167, 313, 333
 Grewe, Wilhelm 48 f., 75, 120, 157, 386
 Grosser, Alfred 66 f., 437
 Grünhut, Max 298
 Grundmann, Werner 397
 Gumbel, Karl 47, 55, 74, 75, 303, 326, 406–408, 410, 411, 418
 Gurian, Waldemar 111
- Hallstein, Walter 48, 49, 129 f., 182, 218, 343
 Harlan, Veit 40, 200, 423, 444 f., 449, 455, 459, 460 f.
 Heck, Karl 18, 75, 91, 191, 201, 205, 275 f., 371 f., 384 f., 408, 444, 459 f., 463, 494–497, 503–506
 Heck, Philipp 384
 Heiland, Gerhard 18, 58, 61, 78, 84 f., 95, 106, 194 f., 108, 134, 135–137, 182, 183, 193 f., 199 f., 226, 259 f., 267 f., 286, 331–333, 336, 377, 452–454, 485–489, 502
 Heinemann, Gustav 75, 161
 Heller, Hermann 99
 Hellweg, Heinrich 38, 65, 311, 389, 398
 Henneka, Anton 43, 58, 75, 77, 85, 98, 106, 108, 109–112, 134, 182, 202, 210, 213, 214, 275 f., 301, 308, 311, 318, 326, 328, 339, 351 f., 354–356, 359, 368, 391, 393 f., 406, 419, 421, 426, 442, 525
 Hennis, Wilhelm 396, 444
 Herbst, Karl 225
 Herz, Hedwig 133
 Heuss, Theodor 1, 5, 33, 69, 73, 87, 120 f., 128, 289, 304, 328, 345, 347, 353, 361
 Heydte, Friedrich August von der 75, 76, 77
 Himmeler, Heinrich 121
 Hitler, Adolf 111, 281, 437 f.
 Hoegner, Wilhelm 55
 Höpker Aschoff, Hermann 1, 5, 14, 18, 37, 47 f., 52, 72 f., 81, 85, 87–90, 95, 98, 108, 120–124, 130, 134, 137, 139, 149, 165–169, 172, 177, 191, 200, 208, 214 f., 217, 218 f., 228, 245 f., 266, 290, 301, 302, 303, 305, 307, 309, 311 f., 326 f., 331, 338, 339–341, 345, 348, 350, 352, 358, 361, 368, 371, 373,

- 375f., 378, 379, 402, 405, 406, 426, 428 f.,
431 f., 441, 445
Hofmeister, Werner 87, 131
Hoogen, Matthias 390
Hoos, Hermann 395
Huber, Ernst Rudolf 102, 111, 231 f., 486
Huber, Hans 85, 185, 241, 205, 456, 464
Husen, Paulus von 138, 288

Ipsen, Hans Peter 36, 262, 397

Jackson, Robert H. 194, 385
Jagus, Heinrich 79
Jellinek, Walter 75, 77, 99, 113, 208, 222, 308,
397, 399, 428
John, Otto 197, 374
Jonas, Martin 230
Jost, Georg Wilhelm 378, 380

Katz, Rudolf 18, 29, 37, 47 f., 52, 60 f., 62, 75,
76, 77 f., 81, 85 f., 95, 98, 108, **113–119**, 134,
137, 146 f., 166, 168, 171 f., 183, 188, 198,
202, 205, 217, 279, 290, 292, 295, 298 f.,
301, 302, 304–306, 309, 318, 328, 334f.,
338, 340 f., 358, 359, 368, 388, 389, 391,
395f., 398, 399, 405, 410, 413
Katz, Walter 116
Kaufmann, Erich 30–32, 48, 87, 213, 293, 310,
316, 348f., 366, 473, 499
Kaufmann, Ernst 125
Kelsen, Hans 25, 474
Kempner, Robert 194
Kertscher, Oskar 185, 490
Kielinger, Valentin 82
Kiesinger, Kurt Georg 43, 81, 82, 167, 347
Kihn, Karl Alfred 213
Kirchheimer, Otto 14, 17, 79, 108, 111, 120,
138, 169, 193, 205, 206, 209, 221, 238, 277,
286, 312, 366, 379, 405, 412, 416f., 424,
435, 441
Kirkpatrick, Ivone 42, 72
Klaas, Udo 124
Klaas, Walter 60, 61, **124 f.**, 134, 182, 202,
205, 209, 283, 344, 352, 354, 388, 398
Klaiber, Manfred 342
Klausner, Theodor 353
Klein, Friedrich 63, 222, 360, 456, 464, 485
Kleindinst, Josef Ferdinand 314, 390
Kleist, Joachim 462
Klotz, Günther 60, 441
Köckritz, Sieghart von 397
Köhler, Erich 409, 419
Koellreutter, Otto 31, 48, 63, 207f.
Körtge, Hans Rolf 227, 231, **396**

Koffka, Else 83
Kommers, Donald P. 12, 69, 76, 81, 134
Kopf, Hermann 192, 357
Kopf, Hinrich Wilhelm 49, 82, 131
Kraus, Herbert 332
Kröger, Wilhelm 82
Krone, Heinrich 59, 63, 390, 416
Krüger, Hildegard 75, 79 f.
Krüger-Nieland, Gerda 56, 83, 425
Krumme, Elisabeth 83
Kunst, Hermann 342
Kutscher, Hans 106, **385 f.**, 200 f., 205, 381,
388, 417, 497–499, 508, 522

Laforet, Wilhelm **47 f.**, 74, 79, 81–83, 84, 85,
87, 89, 104, 218, 313, 357, 384
Laschitzka, Hubert 397f.
Lassaly, Oswald 125
Laufer, Heinz 12, 309, 413
Lechner, Hans 44, 64, 408, 410f.
Lehmann, Heinrich 231
Lehmann, Joachim 44, 52, 61, 78, 85, 106, 108,
133 f., 183, 205, 274, 275, 276 f., 297, 325,
328, 331–333, 335 f., 339 f., 347, 350, 360,
390, 454, 499 f., 502 f., 525
Lehr, Robert 41, 61, 314, 374, 403
Leibholz, Gerhard 4, 12, 18, 33, 54, 61, 63, 75
f., 78, 83, 85 f., 106, 108, **113–119**, 134, 148,
150, 155–157, 160, 167, 181f., 191, 205,
209, 227 f., 233, 239–241, 279, 286, 288,
291–296, 298–304, 306, 309, 344, 347f.,
351, 356, 364, 367, 376, 412, 416, 472,
476 f., 481 f., 518, 522
Leibholz, Hans 116
Leibholz, Peter 116
Leibholz, Sabine 14
Lentz, Fritz 85
Lenz, Otto 76, 89, 326, 340, 341, 342–346,
353f., 359
Leonhard, Gottfried 196
Leusser, Claus 75, 77, 78, 79, 91, 182, 344, 353
Leverkuehn, Paul 107
Lindenmaier, Fritz 265
Lipp, Peter 401
Loewenstein, Karl 323, 360
Lüders, Marie Elisabeth 75, 76, 80f.
Lüth, Erich 8, 40, 200, 423, 444 f., 448 f., 455,
459, 461, 466
Lützeler, Heinrich 111
Lukaschek, Hans 122

Mackert, Josef 61, 63, 65, 399
Mallmann, Walter 307

- Mangoldt, Hermann von 36, 59, 222, 228, 395, 399
 Marx, Wilhelm 120
 Maunz, Theodor 36, 63f., 172, 213, 222, 323, 397
 Menzel, Jörg 12f.
 Menzel, Walter 81, 84, 86, 384
 Mercker, Reinhold 47, **55**, 213, 309–312, 315, 328, 343, 392–394, 402, 404, 407, 410, 416f.
 Merkatz, Hans Joachim von 23, 43, **47f.**, 78, 81f., 168, 357, 411, 419
 Metzger, Ludwig 414
 Meyer, Felix 101
 Meyer-Laule, Emmy 79, 81, 83
 Morrison, Herbert 76
 Mosler, Hermann 49, 77, 198, 213, 310, 343, 351, 353, 405
 Mozart, Wolfgang Amadeus 5
 Müller, Gebhard 14f., 75, 77, 87, 148, 173, 177, 182, 210, 248, 343, 388, 392, 394, 399, 400, 401, 416f., 420, 521
 Müller, Josef 82

 Neumayer, Fritz 43, 361, 406f., 411, 412
 Nipperdey, Hans Carl 222, 226, 260, 433f., 456f., 464, 487, 499

 Ohrenstein, Aaron 443
 Ollenhauer, Erich 338, 345, 348
 Onnen, Alfred 167
 Oppler, Kurt 75

 Pelster, Georg 81
 Peters, Hans 32, 39, 207, 238, 258, 359, 376, 485, 501
 Petersen, Georg 55
 Petzold, Alfred 79
 Pfeiffer, Gerd 395, 396, 397, 490, 493f.
 Pflaum, Guntram 170f.
 Posser, Diether 161, 380, 452
 Prüfer, Curt 128f.
 Pünder, Hermann 59, 81–83, 84, 86f., 88f., 134

 Radbruch, Gustav 93, 94, 99, 122, 134, 157, 228, 428, 430
 Rademacher, Franz 217
 Rebmann, Kurt 189, 267f., 395, 396, 397
 Reismann, Bernhard 324, 335
 Remer, Otto Ernst 379
 Renner, Victor 75, 79
 Rentschler, Ruth 395, 397
 Rinck, Hans Justus 395, 397
 Ritter von Lex, Hans 41, 315, 326, 372, 374

 Ritterspach, Theodor 2, 6, 47, 62, 75, 79, **96–98**, 103, 106, 108, 139, 152, 176, 183, 205, 210, 263f., 273, 276, 302f., 325, 328, 331–333, 335f., 338f., 347, 350, 360, 368, 390f., 405, 420, 426, 429, 438, 445–448, 454–461, 463, 464, 471, 500–502, 504, 510, 511, 525
 Röber, Karl-Heinz 507, 515
 Roediger, Conrad 18, 85, 05, 106, 108, **128–130**, 134, 160, 182, 202, 217–219, 287, 356, 417, 470, 477
 Roegele, Otto 350
 Röhl, Hellmut 235, 247, 395, 396, 397,
 Roemer, Walter **54f.**, 64, 78, 304, 310, 315, 343, 407f., 410, 434
 Ronge, Paul 122
 Rosenberg, Leo 132
 Rothenbücher, Karl 170
 Rupp, Hans 58, 62, 73, 78, 84f., 98, 100, 106, 108, 120, **127f.**, 130, 134, 176, 182, 188, 202f., 205, 209f., 211, 213, 214, 301, 311, 329f., 339f., 391, 400
 Rupp von Brünneck, Wiltraut 80, 423
 Ruscheweyh, Herbert 70, 75, 79, 87

 Sabel, Anton 314
 Schäffer, Fritz 87, 88, 171
 Schätzel, Walter 321, 361
 Schafheutle, Josef 76, 79
 Schanz, Georg von 128
 Scheffler, Erna 1, 54, 64, 75, 78, 80, 83, 95, **96–98**, 103, 106, 108, 117, 120, 134, 137, 139, 150, 182, 183, 186f., 192, 195f., 198, 204, 213, 230f., 245, 268, 272, 325, 333, 364, 367, 425, 427–431, 436, 442, 446, 464f., 486f., 499f., 502f.
 Scheffler, Georg 97, 442
 Scheuner, Ulrich 34, 36, 118, 288, 310, 318, 326, 343, 349, 440, 456
 Schlabrendorff, Fabian von 55, 75
 Schmid, Carlo 49, 75, 79, 86, 101, 117, 127, 129, 134, 326, 466, 518
 Schmid, Richard 79
 Schmidt, Walter 345, 346
 Schmitt, Carl 36, 37, 101, 108, 110f., 226, 231, 308, 323, 474
 Schneider, Hans 29f., 31, 231
 Schneider, Hans-Peter 365
 Schneider, Ludwig 81, 167, 313
 Schneider, Rudolf 397, 499
 Schöttle, Erwin 313
 Scholl, Robert 55
 Scholtissek, Herbert 18, 60, 62, 77, 79, 98, 108, 112, 131, 134, **137f.**, 158, 159f., 161, 162, 182f., 187f., 191, 193, 213, 231f., 250f.,

- 263, 291, 300f., 327, 350, 373–377, 380,
390, 395, 416, 426, 478–480, 498, 501, 507–
510, 512, 526
- Schüle, Adolf 288
- Schumacher, Kurt 39, 79, 117, 340
- Schunck, Egon 61, 91, 106, 108, **125f.**, 152,
183, 202, 262, 339, 356, 481
- Schwager, Joseph 129
- Schwarzhaupt, Elisabeth 80f.
- Schwinge, Erich 75f., 138
- Selbert, Elisabeth 44, 79f., 83, 138, 425,
- Siebeck, Hans Georg 214
- Siebert, Wolfgang 118f., 231, 462
- Sievers, Ernst-Reinhold 261, 395, 499
- Sigloch, Heinrich 260, 397
- Simson, Eduard von 107
- Simson, Robert von 107
- Simson, Walter von 107
- Simpfendorfer, Wilhelm 347
- Sinzheimer, Hugo 250
- Skalweit, August 124
- Smend, Rudolf 8, 34, 37, 99, 101, 111, 114,
118, 127, 130, 208, 226, 229, 232f., 238,
294, 304, 326, 338, 369, 371, 384, 396, 462,
464f., 498f., 519
- Stampfer, Friedrich 117
- Stein, Erwin 18, 50, 58, 61, 73, 75, 76, 77, 78,
79, 98, 108, 112, **130–134**, 139, 176, 182f.,
200, 205, 213f., 229, 257, 258, 260, 277,
286, 301, 314f., 333, 367, 371f., 374, 378–
381, 392, 393–395, 400f., 405, 409, 419,
446, 454, 465, 501f., 510–512, 522, 526
- Sternberger, Dolf 42, 214, 348
- Strätling, Erich 82
- Strauß, Franz Josef 138, 338, 361
- Strauß, Walter 52, **54**, 55f., 58, 71, 75, 78, 80,
83, 85–87, 118, 120, 134, 167f., 205, 297,
304, 307, 309, 311f., 322, 328, 342, 345,
347, 348–352, 395, 411, 416, 434, 518
- Strickert, Hans Georg 395, 397
- Süsterhenn, Adolf 75, 76–78, 138
- Suth, Willi 59
- Thoma, Richard 27, 54, 75, 108, 113, 120, 157,
229, 274, 278, 288, 299, 308–311, 318, 399,
499, 502
- Tillessen, Heinrich 112
- Tillmanns, Robert 78, 81, 84, 85
- Triepel, Heinrich 113, 114f., 250, 499
- Verfuss, Fritz 374, 395
- Vogel, Rudolf 390
- Wacke, Gerhard 226
- Wagner, Friedrich Wilhelm 79, 313
- Wagner, Richard 139
- Wahl, Eduard 43, **47f.**, 75, 77, 79, 138, 168,
204, 415f., 419
- Walter-Amann, Ursula Inge 401
- Walz, Ernst 79
- Warren, Earl 365
- Weber, Werner 31f., 33, 36, 70, 181, 365, 440
- Weinkauff, Hermann 55–58, 87, 105, 138, 395,
424, 433–435, 441f.
- Weizsäcker, Ernst von 30, 129
- Werner, Fritz von 107
- Wessel, Franz 6, 14, 58, 79, 84, 98, 106, 108,
120, **122–124**, 134, 137, 139, 182f., 189f.,
195f., 227f., 247, 259f., 262, 266, 286, 296,
326, 332, 334, 345f., 380, 386, 390f., 393,
416, 434, 436f., 438, 442, 454, 464, 474f.,
521
- Willms, Günther **64**, 135, 147, 165, 179f., 194,
196, 346, 351, 363, 395, 397, 410
- Wimmer, August 75
- Winners, Hans **54**, 105, 165, 290, 291, 304,
315
- Wintrich, Josef 14, 17f., 79, 89, 164, **169–172**,
177, 180, 183, 199f., 203, 213, 372, 378f.,
383, 390, 393, 399, 401, 408, 410, 412f.,
421, 426, 432–434, 465, 506, 512, 513, 521
- Wolff, Bernhard 76, 95, 98, 103, 106, **107**, 108,
113, 155, 160, 168, 176, 182, 203, 209, 213,
228, 301, 306, 309f., 311, 318, 335, 339,
352, 354f., 405, 413, 414f., 417, 421, 469f.,
476f.
- Wolff, Ernst 70, 87, 107
- Wunderlich, Georg Martin 399
- Yorck von Wartenburg, Marion Gräfin 76
- Zacher, Hans F. 397
- Zeidler, Karl 229, 262, 397
- Zeidler, Wolfgang 210, 397
- Zinn, Georg August 28, 30, 37, 43, **49f.**, 52,
79, 82, 85, 120, 134, 208, 333
- Zweigert, Erich 100
- Zweigert, Konrad 1, 18, 58, 62, 78, 98, **99–**
103, 106, 108, 126, 129f., 134, 160, 183,
184, 189, 197, 200, 205, 217, 237, 258f.,
261, 286, 297, 301, 332f., 341, 344, 347f.,
366f., 368, 376, 407, 417, 419, 432, 445,
446, 455, 474, 522
- Zweigert, Kurt 75, 79, 84, 91, 191, 289f., 326,
384, 445
- Zwirner, Henning 295

Sachregister

- Abstimmungen 202–205
Abwägung 459–462, 514
Abweichende Meinungen *siehe* Sondervoten
Alliierte 35 f., 270–273
Angemessenheit 453, 461, 478, 480 f., 484, 508–512
Anordnungen, einstweilige 27, 280–282, 284 f.
Amtsgehaltsgesetz 65 f., 390–392
Amtstracht 400–402
Anti-Kommunismus 135–138, 378–380
Antisemitismus 119, 443
Apothekenurteil 506–512
Arbeitsteilung 164 f., 181–183, 464
Aufwandsentschädigung 297, 301–303, 388–390
Auslegung
– genetische *siehe* Entstehungsgeschichte
– smethoden 232 f.
– verfassungskonforme 484
Auslieferung 285, 449 f.
Ausreisefreiheit 500 f.
Ausstrahlungswirkung 457, 460
Auswärtiges Amt 48 f., 402
Autorität 229
- Bahnfahrkarten 296, 392–394
Baumgarten-Bau 400, 522
Beamte 289–291, 435–437
Befangenheit 199 f., 379 f.
Begriffsjurisprudenz 308
Begründungsstil 209 f., 241 f., 251 f.
Belehrungsschreiben 179 f., 193–196, 416
Beratungen *siehe* Senatsberatungen
Berichterstatter(in)
– Auswahl 181–183, 291, 325, 334
– Aufgaben 184–188, 291
Berlin-Vorbehalt 35, 184 f., 246, 275
Besatzungsrecht 25, 35 f., 270–273
Besatzungsstatut *siehe* Besatzungsrecht
Beweisrecht
– Beweisbeschluss 282, 492
– Beweiserhebung 198, 224
- Bezüge
– der Richter(innen) 65 f., 302
– der Professor(inn)en 297, 390–392
Bibliothek 63 f., 295, 399
Bindungswirkung
– von Entscheidungen 439–441
– von Gutachten 330, 337, 343 f., 349 f.
Bürgergericht 193–197, 261 f., 466, 519
Bund-Länder-Streit 25, 144–146, 277–280, 281
Bundesbeamtengesetz 310, 313
Bundesgericht
– Oberstes (nach Art. 95 GG a. F.) 58 f., 420 f.
– Schweiz 28, 244 f., 364
Bundesgerichtshof
– Gutachten 57, 425, 426, 431–435
– Besetzung 56, 106
Bundeskanzleramt 47 f., 406 f.
Bundesministerium
– der Finanzen 310, 312, 389 f., 398
– des Innern 41, 314 f., 374, 408
– der Justiz 51–55, 294–298, 315, 407 f., 411 f.
Bundesrichter 58, 70 f., 75, 84, 407, 414
Bundestreue 229, 470
Bundespräsident 26, 328, 345, 348, 400 f., Bundesverfassungsgerichtsgesetz
– Änderung 74, 168, 346, 403–417, 419 f.
– Ausarbeitung 26, 42 f., 50, 70 f.
– Kommentare 63 f.
Bundesverwaltungsgericht 58, 82, 106, BVerfGE *siehe* Entscheidungssammlung
- Demokratisierung 117–119, 465
Dienstaufwandsentschädigung *siehe* Aufwandsentschädigung
Drittwirkung, mittelbare 456–459
- Eigenlogiken, juristische 148, 191, 206, 328
Eigentumsfreiheit 183, 189 f., 250, 442, 473 f.
Einheit
– der Verfassung 428 f., 469
– innere 42, 67, 318, 343 f., 365 f.
Einheitsgericht 43, 407, 409, 411 f., 414 f.

- Einzelplan (im Haushalt) 165, 289, 291, 299 f., 307, 310, 313 f.
 Elfes-Urteil 260 f., 452–455, 465, 500–503, 513
 Entstehungsgeschichte (des GG) 246–248
 Entnazifizierung 52, 77, 103, 435
 Entscheidungsskizzen 208–212
 Entscheidungssammlung 10, 214
 Ermessen
 – des BVerfG 330, 337
 – des Gesetzgebers 469–471, 512 f.
 Ernennung 1–3
 Europäische Menschenrechtskonvention 495
- Familienrecht 98, 427, 499 f., 503
 Fristverlängerung 185 f., 191
- G 131 40, 183, 200, 227 f., 435–441
 Gemeinwohl 461, 498, 501, 508 f.
 Generalakten 17
 Geschäftslast 39, 44
 Geschäftsordnung
 – des BVerfG 44, 176 f., 402
 – des Bundestages 149 f., 202 f., 223 f., 244
 Gesetzgebungsermessen *siehe* Ermessen
 Gesetz zur Wiederherstellung des Berufsbeamtentums (sog.) 93, 97, 99, 106, 109, 114 f., 120, 131, 136
 Gewaltenteilung 283, 337, 339, 486, 496 f., 511
 Gleichberechtigung
 – der Geschlechter 98, 182, 231, 425–431, 495
 – der Mitglieder des BVerfG 238 f.
 Gleichheitssatz
 – allgemeiner 33 f., 113, 238, 472 f., 489
 – Wahlrechtsgleichheit 157, 239–241, 476–483
 Gutachten
 – Bindungswirkung 330, 337, 343 f., 349 f.
 – des BGH 57, 425, 426, 431–435
 – im Auftrag von Verfahrensbeteiligten 222, 225 f., 323, 376
 – im Auftrag des BVerfG 224, 491 f.
 – nach § 97 BVerfGG [1951] 205 f., 404, 410, 415
 – Plenargutachten Heuss 328–330, 334–353
 Haftentschädigung 230 f.
 Handakten 17
 Handlungsfreiheit 485–489, 500–502
 Haupttreuhandstelle Ost 121 f.
 Herstellung (von Entscheidungen) 191, 198
 Hilfsarbeiter *siehe* Hilfskräfte
 Hilfskräfte 64, 168 f., 179 f., 187 f., 395–398
 Hinterbliebenenrente 258 f., 474 f.
 Homosexuellenurteil (sog.) 40, 185, 200 f., 489–493, 494–497, 503–506
 Hüter der Verfassung 52 f., 264, 266, 303, 333, 428, 458, 474, 499 f.
 Hypothekensicherungsgesetz 189 f., 442
- Industrie- und Handelskammer 62
 Institution (Begriff) 3
 Institut für Zeitgeschichte 10, 395
 Institutionenpolitik 8, 196, 332 f.
 Investitionshilfegesetz 196, 225–227, 285, 485–489
 Integrationslehre 233, 294, 309
- Kanzlerdemokratie 45–47
 Kelsen-Schmitt-Kontroverse 25
 Kernbereich 485, 488, 500, 502 f., 504–506
 Kirchen 77, 322, 504
 Koalitionsfreiheit 226, 250
 Konfessionen 75, 108, 112, 176, 204 f., 428, 495
 Kommissionen
 – des Plenums des BVerfG 164 f., 176, 213, 290 f., 405 f.
 – Dreierkommissionen (eines Senats) 180
 – eines Senats des BVerfG 202, 209 f.
 Kommunalverfassungsbeschwerde 258
 Konkordat *siehe* Reichskonkordat
 Konstitutionalisierung 463
 Konstituierung 1–3
 KPD-Verbotsverfahren 40 f., 182, 197 f., 200, 371–374, 378–381
- Landesverfassungsgerichte 27, 242, 264, 269, 364, 405
 Leitsätze 214–216
 Liberalisierung 15, 465, 518 f.
 Lüth-Urteil 40, 200 f., 224, 228, 423, 443–449, 455–466
 Nachlässe 18
 Naturrecht 34, 56, 138, 266, 425–431
- Mandatsverlust 283, 376
 Meinungsfreiheit 448, 460 f., 466
 Ministerialzulage *siehe* Aufwandsentschädigung
 Missbrauchsgebühr 179
 mündliche Verhandlung 45, 65, 191–193, 197 f., 335–338, 341
- Normenkontrolle
 – abstrakte 24, 143–154, 193, 273–277, 280 f., 407, 411

- konkrete 24, 193, 262–270, 407, 409, 415
- vorbeugende 324 f., 331–334
- vorkonstitutionelles Recht 265–268
- Notaufnahmegesetz 189, 271, 483–485

- Oberstes Bundesgericht (nach Art. 95 GG a. F.) 58 f., 420 f.
- Organstreitverfahren 25, 154–162, 277–280, 342 f., 353–358, 407

- Parlamentarischer Rat 26, 28, 37, 47 f., 58, 246–248, 399
- Parteienstaatslehre 114, 157, 160
- Parteiverbot
 - Beweiserhebung 197 f., 282
 - Verfahrensgestaltung 373 f.
 - Berichterstatter 182, 200, 374–377, 380
- Parteifähigkeit
 - allgemein 278, 354
 - politischer Parteien 154–157, 212
- Personalakten 17 f., 82
- Planstellen 289, 311, 397 f.
- Plenarprotokolle 17
- Political Questions Doktrin 245, 367,
- Präsidialräte 179, 227, 363, 392, 395 f.
- Presse
 - Pressemitteilungen 10, 257, 307, 327, 340 f., 348, 363
 - Pressesprecher des BVerfG 363
- Prinz-Max-Palais
 - Mietvertrag 62, 399
 - Platzmangel 62 f.
 - Umbauarbeiten 295 f., 399
- Provisorium 33

- Radbruch'sche Formel 227 f., 430
- Rechtspolitik 233–237
- Rechtsrealismus 32
- Rechtsvergleich 27 f., 126, 130, 232, 242–246
- Rechtswegerschöpfung 25, 256 f., 261, 446 f., 449, 507
- Reform *siehe* BVerfGG, Änderung
- Reichsbanner Schwarz-Rot-Gold 113, 120, 122, 135, 137 f.
- Reichsgericht 27, 55 f., 230, 441, 448, 459
- Reichshaushaltsordnung 311 f., 389 f.
- Reichskammergericht 27
- Reichskonkordat 40, 112, 201, 202, 205, 222, 365 f., 470
- Reichsverwaltungsgericht 126
- Repräsentation
 - des BVerfG 166, 400, 402
 - durch das BVerfG 234, 292–294, 304, 331
- Richterverein
 - Aktivitäten 207, 214
 - Gründung 213
- Richterwahlen
 - Wahlmodus 70–74, 346, 404, 412, 415–417
 - im Jahr 1951 74–90
 - im Jahr 1954 383 f.
 - im Jahr 1955 413
 - im Jahr 1963 521 f.
- Roben *siehe* Amtstracht

- Saarstatut 275–277, 368
- Sachverständige 197, 335, 492, 506, 510
- Schadensersatz 257
- Selbstermächtigung 519 f.
- Senatsberatungen 201–208, 521
- Sittengesetz 34, 491, 492, 495, 497, 504 f., 506
- Sitz (des BVerfG) 59 f., 399 f.
- Solidarisierung *siehe* Einheit, innere
- Sondergerichte 54, 104 f.
- Sondervoten
 - Diskussionen über 44, 327 f., 338, 365 f.
 - überlieferte 281 f., 333, 350–352, 357, 381, 470, 481 f., 512, 525 f.
- Sperrklauseln 154 f., 476–478, 480–482
- SRP-Verbotsverfahren 40 f., 72, 182, 197 f., 281–283, 373–377, 379
- Staatsgerichtshof für das Deutsche Reich 27, 155, 248 f., 411
- „Status“
 - als Argument 387–401, 418, 423, 512
 - Bericht 291–294, 298–300
 - Denkschrift 301–304
 - Durchsetzung 308–311
- Steuerrecht 109, 259, 269, 499 f., 503
- Straffreiheitsgesetz 77, 471
- Streitwert 388
- Südweststaatsverfahren 1 f., 72, 144–146, 202, 215, 234, 282, 439, 468 f., 472 f.
- Supreme Court (der Vereinigten Staaten) 28, 245, 293, 301, 364 f., 367, 385, 511

- Trennungsentschädigung 66, 164, 289, 290, 296 f.

- Vereinigung der Deutschen Staatsrechtslehrer 29–33, 36, 47 f., 236, 438
- Verfahrensakten 16 f.
- Verfassungsgerichtshof (Österreich) 28, 91, 245, 364
- Verfassungsbeschwerde
 - Diskussion über Abschaffung 405
 - Einführung 26

- Gesetzesverfassungsbeschwerde 257–260, 277
- Urteilsverfassungsbeschwerde 25 f., 449–462
- Vorprüfungsverfahren 406, 408, 409, 410 f., 415
- Zulässigkeit 160, 196 f., 256 f., 262 f., 277
- Verfassungskonforme Auslegung 484
- Vergleich *siehe* Rechtsvergleich
- Verhältnismäßigkeit 453 f., 459, 472, 480, 487, 497 f., 506, 507–515
- Verkündung 199, 212 f., 377
- Versorgungsbezüge 403
- Vertragsgesetze *siehe* Zustimmungsgesetze
- Verwirkung
 - von Grundrechten 25, 377, 379
 - als Rechtsinstitut 231 f.
- Vorkonstitutionelles Recht 265–268
- Vorrang der Verfassung 33, 463, 467
- Voten
 - Bedeutung 189–191
 - Gestaltung 187 f., 328
- Wahlrechtsgleichheit *siehe* Gleichheitssatz
- Wechselwirkungslehre 460, 461
- Wehrbeitrag *siehe* Wiederbewaffnung
- Weimarer Verfassung 27, 190, 249–251, 263, 442, 474, 499
- Weimarer Verhältnisse 250, 251
- Weisungsbefugnis 289, 299
- Wertordnung 172, 251, 427 f., 443 f., 457 f., 463–465
- Wesensgehaltgarantie 472, 485, 498, 500, 502 f., 514
- Wiederbewaffnung 41 f., 150 f., 234 f., 274, 318, 321–323, 362–369, 404
- Wiedereinsetzung 243, 255 f., 261
- Wiedergutmachung 118, 129, 133, 136, 194, 519
- Wiedervereinigung 339, 380, 452
- Willkürverbot *siehe* Gleichheitssatz, allgemeiner
- Wohnungsnot 60–62
- Zweckmäßigkeit 145, 148, 233, 281, 470 f.
- Zurückhaltung 31, 71, 273, 333 f., 357 f., 362, 423, 467, 475, 490 f., 508, 519 f.
- Zustimmungsgesetze 275–277, 331–334